



Helmut Landsiedel  
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke  
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner  
stv. Fraktionsvorsitzender

Silke Jürgensen  
Ratsfrau

## Presseinformation

Nr. 10/2010 Kiel, 28. Januar 2010

Bildungsfonds

### **Möglichkeit zur Realisierung eines Bildungsfonds prüfen**

Durch einen Antrag zur kommenden Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport will die FDP-Ratsfraktion prüfen lassen, unter welchen Voraussetzungen ein Bildungsfonds nach dem Vorbild Lübecks auch in Kiel realisiert werden kann. Die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, Silke Jürgensen, erklärt hierzu:

„Wie zahlreiche sozialwissenschaftliche Studien belegen, ist Armut eines der entscheidenden Ausschlusskriterien für Bildung und positive Entwicklungschancen von Kindern. Im jüngsten Sozialbericht Kiels wurde festgestellt, dass rund 19 Prozent der Kielerinnen und Kieler - nach der Definition der Bundesregierung - unter die Armutsgrenze fallen. Rund 33 Prozent der unter 15-Jährigen erhielten Leistungen nach dem SGB II und 36 Prozent der nicht schulpflichtigen Kinder lebten von Grundsicherungsleistungen (Sozialgeld). Den Kieler Sozialraumdaten 2008 ist zu entnehmen, dass im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen bei rund 33 Prozent der untersuchten Kinder „Sprachstörung“ festgestellt wurde und bei etwa 20 Prozent „sprachheilpädagogischer Förderbedarf“.

Die Hansestadt Lübeck, die vor ähnlichen Problemen steht, hat daher im vergangenen Jahr in einer gemeinsamen Initiative mit unterschiedlichen Stiftungen einen - wie zu lesen war - bundesweit einmaligen Bildungsfonds für zusätzlichen Förderbedarf an Schulen und Kindertagesstätten aufgelegt. Der Bildungsfonds dient dazu, öffentliche und private Gelder gebündelt und zielorientiert einzusetzen.

Jährlich werden dort rund 1,5 Millionen Euro insbesondere für die Ausweitung der Sprachförderung und für weitere Bildungsangebote sowie für die Versorgung und Bezuschussung von Mittagessen an Schulen und Kitas zur Verfügung stehen. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die Bundesinitiative „Schulbedarfspaket“.

Die Hansestadt Lübeck werde, so ist es dem Pressedienst zu entnehmen, sich auch mit eigenen Mitteln beteiligen und eine unbürokratische Organisation und Abwicklung sicherstellen.

Daher stellen wir den Antrag, vom Oberbürgermeister ermitteln zu lassen, unter welchen Voraussetzungen ein solcher Bildungsfonds auch in Kiel realisiert werden kann und welche Chancen bestehen, hierfür Fördergelder einwerben sowie private Sponsoren gewinnen zu können.

Auf der Basis der vom Oberbürgermeister vorgelegten Prüfergebnisse können dann gegebenenfalls weitere Schritte unternommen werden, um diesen Fonds in der Landeshauptstadt Kiel auf den Weg zu bringen“, so Jürgensen abschließend.

V. i. S. d. P.

Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer